

3632/AB XX.GP

Die Abgeordneten Dr. Alexander van der Bellen, Freundinnen und Freunde haben am 26. Februar 1998 unter der Nr. 3771/J - NR/1998 an mich eine schriftliche Anfrage gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

1. Welche Firmen oder Organisationen erhielten bisher im Zusammenhang mit der EU - Präsidentschaft seitens der Bundesregierung einen Auftrag (aufgeschlüsselt nach Firmen und Höhe des Auftrages) ? Welchen Anteil davon trägt der Bund, welchen die Stadt Wien?
2. Erfolgten diese unter Punkt 1 genannten Auftragsvergaben mit oder ohne Ausschreibung (wenn nein, warum nicht)?
3. Welche Kooperationen wurden mit dem ORF im Zusammenhang mit der EU - Präsidentschaft seitens der Bundesregierung getroffen?
4. Welche Kooperationen wurden seitens der Bundesregierung mit anderen Medien im Zusammenhang mit der EU - Präsidentschaft getroffen?
5. Wer ist für die Koordination zwischen den betroffenen Geschäftsgruppen, zwischen der Stadt Wien und Ihrem Ressort verantwortlich?

Ich beeindre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu den Fragen 1 und 2:

Jedes Ressort ist selbst für die Durchführung und auch für die Budgetierung der in seinen Kompetenzbereich fallenden Veranstaltungen zuständig ist. Die Beantwortung dieser

Frage ist daher auf jene Bereiche beschränkt, die vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ausschließlich bzw. federführend wahrgenommen werden.

Wie bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3180/J - NR/1997 der Abgeordneten Mag. Doris Pollet - Kammerlander im Dezember 1997 ausgeführt, wurde im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt ein Exekutivsekretariat eingerichtet. Dieses koordiniert den Kalender jener Tagungen, die in Österreich stattfinden sollen. Es erbringt - gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt - Bundespresso - bei den informellen Ministertreffen, die in ganz Österreich stattfinden werden, gewisse zentrale Dienstleistungen und ist beauftragt, im Redoutensaaltrakt der Hofburg während der Dauer der Präsidentschaft eine permanente Konferenzfazilität zu betreiben, in der Veranstaltungen aller Ressorts stattfinden werden. Weiters ist das Exekutivsekretariat für die Durchführung der Tagung des Europäischen Rates und einiger weiterer Treffen verantwortlich.

Für diese Aufgaben wurde ein vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten zu verwaltendes gesondertes Budget bereitgestellt (sogenanntes Zentralbudget), das für 1998 mit öS 300 Mio. dotiert wurde. Für 1999 sind - vorbehaltlich der Beschußfassung des Nationalrates - weitere öS 50 Mio. (Nachlaufkosten) vorgesehen.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat bisher folgende Aufträge, teils zu Lasten des Ressortbudgets, teils zu Lasten des erwähnten Zentralbudgets, vergeben:

1. Mit der Firma Siemens Österreich AG wurde ein Rahmenvertrag abgeschlossen, mit dem diese beauftragt wird, bei einer Reihe von Veranstaltungen, die im Zuge der EU-Ratspräsidentschaft in Österreich stattfinden werden, als Generalunternehmer die Bereiche Technik, Telekommunikation, EDV, Konferenztechnik und Strom - und Notstromversorgung abzudecken. Dieser Rahmenvertrag kann auch von allen anderen Ressorts, die in diesen Bereichen Beauftragungen zu Lasten ihrer Ressortbudgets vorzunehmen haben, in Anspruch genommen werden. Die konkreten Beauftragungen erfolgen im Zuge der Erstellung der genauen Anforderungsprofile und Raumbücher der einzelnen Veranstaltungen. Das Auftragsvolumen wird wesentlich davon abhängen, wieviele und welche Veranstaltungen in Österreich stattfinden werden. Der endgültige Tagungskalender wird voraussichtlich erst nach dem Europäischen Rat von Cardiff feststehen. Bereits aus heutiger Sicht kann jedoch festgestellt werden, daß die angeführten Bereiche Aufwendungen in zweistelliger Millionenhöhe erfordern, und daß es sich bei diesem Rahmenvertrag voraussichtlich um den größten Auftrag handelt, der im Zuge der Präsidentschaft zu vergeben war.

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat gemäß Bundesvergabe - gesetz eine europaweite Erkundung des Bewerberkreises interessierter Unternehmen vorgenommen; die Vergabe des Auftrages erfolgte im Verhandlungsverfahren.

2. Die Bundesregierung hat am 4.12.1996 beschlossen, den Europäischen Rat von Wien in der Hofburg durchzuführen. Für die Ausrichtung der ordentlichen Tagung des Europäischen Rates, die in nahezu sämtlichen Gebäudeteilen der Wiener Hofburg sowie in einigen für diesen Anlaß errichteten Zeltkonstruktionen stattfinden wird, wurde seitens des

Bundes angeregt, daß eine "ARGE Europäischer Rat 98 gebildet wird, um sicherzustellen, daß der Bund nur einen einzigen Vertragspartner mit dieser Aufgabe betrauen muß. Vor kurzem wurde mit dieser ARGE eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet. In weiterer Folge ist vorgesehen, daß die einzelnen, von der ARGE zu erbringenden Leistungen in Form von Teilleistungsverzeichnissen erfaßt, ausgepreist und auf der Grundlage des Rahmenvertrages beauftragt werden. Die Wiener Kongreßzentrum Hofburg Betriebsgesellschaft m.b.H., die Pächterin eines Teils der Hofburg ist, stellt im Rahmen des zwischen Bund und ARGE geschlossenen Vertrages ihre Betriebsflächen für den Europäischen Rat zur Verfügung. Vorläufig wurden noch keine Teilleistungsverzeichnisse beauftragt. Es ist vorhersehbar, daß die von der ARGE zu erbringenden Leistungen insgesamt ebenfalls mit einem zweistelligen Millionenbetrag abzugelten sein werden.

Der Vertrag über die Ausrichtung des Europäischen Rates konnte nur mit einem Partner abgeschlossen werden, der auf die von der Wiener Kongreßzentrum Hofburg Betriebsgesellschaft m.b.H. gepachteten Flächen Zugriff hat.

3. Von der niederländischen Postverwaltung wurden für die niederländische EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 1997 Tische mit entsprechenden Technikanschlüssen, die als Journalistenarbeitsplätze verwendet wurden, hergestellt. Diese Tische werden für die österreichische Ratspräsidentschaft angemietet. Das Mietentgelt beträgt insgesamt öS 1.765.732,-.

Der Vertragsabschluß mit der niederländischen Post erfolgte aufgrund einer Vergabeempfehlung des mit der Bereitstellung der Konferenz- und Presseausrüstung für die Veranstaltungen im Rahmen der Präsidentschaft beauftragten Architekten.

4. Das Palais Pallfy wurde für die ordentliche Tagung des Europäischen Rates angemietet, da die Unterbringung aller Delegationen in unmittelbarer Nähe zu den Tagungsfazilitäten erfolgen muß. Mit der Anmietung des Palais Pallfy ist die Bereitstellung einer Fläche von rund 1.100 m² für die Unterbringung von Delegationen sichergestellt. Die Alternative wäre die wesentlich teurere Errichtung einer zusätzlichen Zeltkonstruktion. Das Mietentgelt beträgt öS 580.000,-.

Eine Ausschreibung war angesichts der geschilderten räumlichen Umstände nicht möglich. Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat sich jedoch von der Preisangemessenheit des Mietentgelts durch das Einholen eines Vergleichsoffertes eines anderen Palais überzeugen können.

5. Für die Präsidentschaft mußte ein Akkreditierungssystem angemietet werden, mit dem die Zutrittsausweise für Delegierte, Journalisten und das technische Personal hergestellt werden sollen. Der Zuschlag wurde der Wiener Firma MB Systems Martin Bischof erteilt. Die Mietentgelte werden von der derzeit noch nicht endgültig feststehenden Anzahl der angemieteten Gerätesätze abhängen. Mit einem Kostenaufwand von rund öS 4 Mio. ist zu rechnen.

Die Auftragsvergabe erfolgte gemäß Bundesvergabegesetz im Verhandlungsverfahren durch Einholung von drei Vergleichsofferten österreichischer Unternehmen. Im Hinblick auf die Relevanz dieser Auftragsvergabe für die Gewährleistung der Sicherheit der Tagung

gungsteilnehmer war ein Verzicht auf die Vornahme einer Ausschreibung gemäß § 12 (1) Z 2 Bundesvergabegesetz (“Schutz wesentlicher Interessen der Staatssicherheit”) zulässig.

6. Das Architekturbüro “Architekten, Ingenieure Neversal und Partner” wurde mit der Einrichtung der permanenten Konferenzfazilität in der Hofburg sowie mit der Herstellung einer Reihe von Design- und Ausstattungselementen beauftragt. Das Honorar für diese Arbeitsleistungen beträgt zusammen öS 693.600,-.

Weiters wurde es mit der Planung, Einrichtung, optischen Gestaltung der Konferenzräume, der Erstellung eines Raumkonzeptes, der erforderlichen Planunterlagen und eines graphischen Wegeleitsystems für das informelle Außenministertreffen in Salzburg am 5. und 6. September 1998 beauftragt. Das Honorar für diese Arbeitsleistung beträgt öS 283.000,- exkl. USt.

Eine Ausschreibung dieser Leistungen erfolgte deshalb nicht, da das Büro als Mitglied der “ARGE Europäischer Rat 98” bereits für die Planung, das Raumkonzept sowie die organisatorische Durchführung des Europäischen Rates herangezogen wird, weshalb die erforderliche Leistung sinnvoller Weise lediglich von ihm erbracht werden kann, da er mit allen Details des gestalterischen Konzeptes für die österreichische EU - Präsidentschaft vertraut ist. Darüberhinaus sind aufgrund seiner Tätigkeit hinsichtlich des Europäischen Rates erhebliche Synergien möglich.

7. Bei der Firma Neusiedler AG wurden 2 Millionen Blatt Kopierpapier im Wert von öS 118.800,- bestellt.

Die Auftragserteilung erfolgte gemäß Bundesvergabegesetz nach Einholung von drei Vergleichsofferten.

8. Für die im Zuge der Präsidentschaft zum Einsatz kommenden 120 Chauffeure wurde eine einheitliche Bekleidung bei der Firma Kleider AG im Wert von öS 377.280,- bestellt. Die Auftragsvergabe erfolgte aufgrund der Einholung von drei Vergleichsofferten.

9. An die Österreichische Staatsdruckerei AG wurden mehrere Druckaufträge erteilt, die zusammen ein Auftragsvolumen von öS 64.368,- ausmachen.

Gemäß Bundesvergabegesetz konnte angesichts des geringen Volumens der zwei zu vergebenden Aufträge von der Einholung von Vergleichsofferten Abstand genommen werden.

10. Bei der Firma PWG Werbeartikel - Vertriebs GmbH wurden 80.000 Kugelschreiber, die mit dem Präsidentschafts - Logo gekennzeichnet sind und bei Präsidentschaftsveranstaltungen in Österreich, in Brüssel und Luxemburg sowie in Drittstaaten verwendet werden sollen, im Wert von öS 240.060,- bestellt.

Die Auftragsvergabe erfolgte aufgrund der Einholung von drei Vergleichsofferten.

11. Bei der Firma Kriechbaum Freizeitmöbel - Schirmfabrik wurden 200 Begleitregenschirme (über großes Format) im Wert von öS 37.932,- bestellt.

Die Auftragsvergabe erfolgte aufgrund der Einholung von fünf Vergleichsofferten.

12. Bei der Firma Vienna World, Großhandel für Musik-, Geschenke- und Musikartikel wurden 625 Stück gewöhnliche Regenschirme im Wert von öS 74.525,- bestellt.

Die Auftragsvergabe erfolgte aufgrund der Einholung von drei Vergleichsofferten.

13. Bei der Firma Schneiders Vienna GesmbH wurden 4.500 Tragetaschen für Konferenzmaterial, die für Delegierte und Journalisten bei Veranstaltungen in Österreich benötigt werden, bestellt. Das Auftragsvolumen beträgt öS 518.400,-.

Die Auftragsvergabe erfolgte aufgrund der Einholung von fünf Vergleichsofferten.

14. Bei der Firma Swarovski Optik wurden Taschenfeldstecher im Wert von öS 849.370,- die als Geschenk bei Ministerräten in Österreich dienen sollen, bestellt.

Bei der Bereitstellung von Geschenken für die an Veranstaltungen in Österreich teilnehmenden ausländischen Minister ging es darum, für diese ein hochwertiges und mit Österreich allgemein identifizierbares Produkt auszuwählen. Die Firma Swarovski Optik, deren Feldstecher dieses Kriterium erfüllen, hat beim freihändig vergebenen Ankauf einen Rabatt in Höhe von rund 39 % eingeräumt.

15. Über die Durchführung des Europafestes am 1.7.1998 am Heldenplatz in Wien wurde ein Generalunternehmervertrag abgeschlossen zwischen der Republik Österreich - Bund (vertreten durch das BKA und das BMfA) sowie der Stadt Wien als "Auftraggeber" einerseits und der Firma VSG Egger & Klinger, Veranstaltungsservice GesmbH. als „Generalunternehmer“ andererseits. Für die vertragsgemäße Durchführung des Projektes durch den Generalunternehmer wurde ein Pauschalfestpreis von öS 12.000.000,-- inkl. der gesetzlichen MwSt. vereinbart, der je zu einem Drittel vom BKA, BMfA und der Stadt Wien aufgebracht wird.

Es erfolgte keine Ausschreibung, da der Vertragsgegenstand überwiegend in der Erbringung künstlerischer Leistungen besteht (§ 3 Abs.2 des Bundesvergabegesetzes).

16. Mit der Firma AINS (all information network & services GesmbH.) wurde ein Vertrag über die Gestaltung und Betreuung der „Internet - Homepage der Bundesregierung für den österreichischen EU - Ratsvorsitz“ (kurz Präsidentschafts - Homepage - PHP) abgeschlossen.

Das Pauschalentgelt für 150 Seiten beträgt öS 549.500,-plus Ust.

Die Auftragsvergabe erfolgte freihändig, da sich Art, Güte und Umfang der Leistung erst im Zuge der Ausführung genau und eindeutig feststellen ließen bzw. lassen, sodaß eine Ausschreibung mangels geeigneter Grundlage nicht möglich war. Bei dem Projekt handelt es sich außerdem um eine Fortführung eines bestehenden Vertrages des BMfA mit der Firma AINS, die „Provider“ der Homepage des BMfA ist. Die Vergabe dieses Auftrags

wurde damals auf der Grundlage einer beschränkten Ausschreibung gemäß den Richtlinien der ÖNORM A 2050 sowie gemäß dem Bundesvergabegesetz 1993 durchgeführt. Für die graphische Gestaltung der PHP wurde an Herrn Christian Lürzer ein Auftrag in Höhe von öS 10.000,-- plus USt. vergeben. Im Hinblick auf das geringe Auftragsvolumen erfolgte eine freihändige Vergabe.

17. Aus Anlaß der EU - Ratspräsidentschaft ist die Herausgabe eines "EU - Buches" beabsichtigt, das auf rund 150 Seiten FU- und europabezogene Beiträge aus Politik, Wirtschaft etc. enthalten wird. Als Empfänger sind insbesondere Botschaften, Kulturinstitute, Universitäten und Schulen vorgesehen. Im Zusammenhang mit der Herausgabe dieses Buches wurden folgende Aufträge vergeben:

- Satz - und Drucklegung: Druckerei Berger, Auftragswert: öS 1,192.072,-plus USt.
- Übersetzungsarbeiten (Dipl. Dolm. Eva Fürthauer, Mag. Gerhard Reinagl, Mag. Christine Springer): sind noch nicht abgerechnet. Auftragsvolumen: ca. öS 40.000,- plus USt.

Die Fa. Berger wurde auf der Basis eines Kostenvoranschlages für 20.000 Exemplare nach erfolgter (beschränkter) Ausschreibung als Bestbieter betraut. Aufgrund von Änderungs- und Verbesserungswünschen seitens des BMfaA wurde ein Verhandlungsverfahren durchgeführt. Die Übersetzungsarbeiten wurden freihändig vergeben, da die Leistung nach behördlich anerkannten Tarifen zu vergüten ist, und auch das geringe Auftragsvolumen diese Vergabe rechtfertigt.

18. Mit der Firma expo - DISPLAY SERVICE wurde ein Vertrag über die Herstellung einer Display - Hintergrundwand mit EU - und BMfaA - Logo abgeschlossen, die z.B. bei Fernsehinterviews eingesetzt werden soll. Auftragsvolumen: öS 46.318,- plus USt.

Die Beauftragung erfolgte aufgrund einer beschränkten Ausschreibung.

Zur Frage der Kostenbeteiligung der Stadt Wien an der EU - Ratspräsidentschaft:

Seitens des Bundes wurde die Stadt Wien im März 1997 ersucht, sich an den Kosten der in Wien stattfindenden Veranstaltungen im Rahmen der EU - Ratspräsidentschaft in einer Größenordnung von 35 % zu beteiligen. Dieser Schlüssel wurde im Zusammenhang mit der Ansiedlung internationaler Organisationen in Wien entwickelt und zuletzt bei der UN - Menschenrechtskonferenz im Jahr 1993 angewendet. Die Stadt Wien hat eine Kostenbeteiligung in dieser Höhe grundsätzlich in Aussicht gestellt, gleichzeitig jedoch das Anliegen deponiert, daß die Leistungen, die die Stadt Wien im Zusammenhang mit der Präsidentschaft selbst erbringt, auf den Kostenbeitrag der Stadt Wien angerechnet werden sollen.

In weiterer Folge kam es zu einer umfassenden Absprache zwischen Bund und Stadt Wien über diese Kostenbeteiligung, die im wesentlichen folgendes vorsieht:

- Von den in Wien voraussichtlich auf seiten des Bundes anfallenden Ausgaben werden von der Stadt Wien rund öS 151 Mio. (Obergrenze) in dem Sinne anerkannt, daß sie eine Kostenbeteiligung an den darin enthaltenen Kostenfaktoren grundsätzlich zusagt. Die effektiven Aufwendungen der von der Stadt Wien "anerkannten" Kostenpositionen werden durch den Bund nach der Präsidentschaft nachzuweisen sein. Aufgrund der zu erbringenden Nachweise wird nach der Präsidentschaft eine einvernehmliche Abrechnung erfolgen.
- Sollte eine ao. Tagung des Europäischen Rates oder eine Konferenz ähnlicher Größenordnung in Wien stattfinden, wird dieser Betrag um maximal öS 32 Mio. erhöht.
- Von dem Kostenbeteiligungsbeitrag, den die Stadt Wien an den Bund zur Überweisung bringen wird, werden einvernehmlich Aufwendungen in einer Größenordnung von rund öS 27 Mio., die die Stadt Wien im Zusammenhang mit der EU - Ratspräsidentschaft zu tätigen beabsichtigt, abgezogen. Auch hier wird ein Nachweis der effektiven Aufwendungen erfolgen.

Zu Frage 3:

1. Der ORF soll während der EU - Ratspräsidentschaft als sogenannter "Host TV Broadcaster" fungieren und in dieser Eigenschaft Bild - und Tonaufnahmen nicht nur zur Erfüllung seines nationalen Informationsauftrages machen, sondern auch für die ausländischen Fernseh - und Radioanstalten, die über die Veranstaltungen in Österreich berichten. Eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen dem Bund und dem ORF ist derzeit Gegenstand von Verhandlungen.
2. Für den informellen Außenministerrat in Salzburg, die informelle Tagung des ECOFIN in Wien und die ordentliche Tagung des Europäischen Rates in Wien werden temporäre Arbeits- und Sendefazilitäten für ausländische Fernseh- und Rundfunkanstalten geschaffen werden müssen. Bei der Errichtung und dem Betrieb dieser Fazilitäten wird es zu einer Arbeitsteilung zwischen dem Bund einerseits und dem ORF und der European Broadcasting Union (EBU) andererseits kommen müssen. Diese Arbeitsteilung und die sich aus ihr ergebende Kostenteilung ist derzeit ebenfalls noch Gegenstand von Verhandlungen.

Zu Frage 4:

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten hat folgende Projekte mit einzelnen Medien vereinbart:

- **EUROPÄISCHE RUNDSCHAU:** Sonderausgabe zu Beginn der Präsidentschaft in Deutsch, Englisch, Französisch.
- **EU - Contact Magazine:** Filmserie der Europäischen Kommission zur Selbstdarstellung der Europäischen Union in Drittländern; geplante Beiträge zu den Themen Ratspräsidentschaft, Euro, Redoutensäle, etc.

- Fernsehfilmproduktion Dr. Heinz Scheiderbauer: Produktion von 4 Programminuten "Hello Austria, Hello Vienna" mit einem Beitrag über Österreichs Vorsitz in der EU. Mit diversen österreichischen Printmedien sind gemeinsame Projekte in Vorbereitung.

Zu Frage 6:

Eine den Ländern und dem Bund übergeordnete Einrichtung ist im B - VC nicht vorgesehen, jedoch finden im Zusammenhang mit der bevorstehenden EU - Ratspräsidentschaft laufend Koordinationsgespräche zwischen allen beteiligten Bundesdienststellen und der Stadt Wien statt. Auf Bundesebene nehmen das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und das Bundeskanzleramt die generelle Koordination für alle Bereiche der Präsidentschaft wahr.